



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0896890

B/XVI/11 - 13. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Warnung vor Illusionen

70

Zu Adenauers Bemerkungen über das
deutsch-polnische Verhältnis

Von Franz Barsig

3 - 4

Oslo, Stockholm, Kopenhagen

71

Vertiefte nordische Zusammenarbeit

Von unserem skandinavischen Korrespondenten, Aagolp Rasten

5 - 6

Betriebsratswahlen 1961

72

Von Fritz Zechische,

Leiter des Betriebsgruppenreferates der SPD

7

Fragwürdige Bundesgenossen

38

Kommunistische Quellen für CDU-Propaganda

* * * * *

Warnung vor Illusionen

Von Franz Barsig

Wer nach den letzten Motiven fragt, die den Bundeskanzler veranlassen haben, nach der Erkundungsreise des Herrn Beitz vor der CDU/CSU-Fraktion den Anschein zu erwecken, als gehe es der Bundesregierung ernsthaft darum, ihr Verhältnis zu Polen wenigstens in Grenzen zu normalisieren, der wird vielfach die Antwort erhalten, dass die Haltung der neuen amerikanischen Administration der Beweggrund für diese "neue Bonner Haltung" sei. Man glaubt zu wissen, dass der neue amerikanische Präsident beabsichtigt, die amerikanisch-polnischen Beziehungen zu verbessern, man redet viel von einem möglichen grossen amerikanisch-sowjetischen Friedensakkord und man fürchtet, die Bonner Politik könne durch eine deutsch-polnische Geste von dem Makel eines Friedensstörers in Mitteleuropa befreit werden.

Niemand wird zur Zeit in der Lage sein, eine klare Antwort darauf zu geben, was in diesen Kombinationen Realität und was Spekulation ist. Auf jeden Fall wäre es nicht gut - bei aller Verbundenheit mit der amerikanischen Politik -, wenn wir das deutsch-polnische Verhältnis nur unter dem Gesichtspunkt möglicher amerikanischer Schritte sehen würden. Eine solche Politik würde uns weder bei den Amerikanern noch bei den Polen besonderen Kredit einbringen. Die deutsche Politik sollte ein eigenes Interesse haben, das Verhältnis zu Polen zu normalisieren nicht zuletzt darum, damit endlich der Zustand aufhört, dass Warschau alles durch die Pankower Brille sieht und sich in aussenpolitischen Aktionen gegen die Bundesrepublik nur dieser Argumente bedient. Wie wichtig das ist, dürfte nicht zuletzt die letzte UNO-Vollversammlung bewiesen haben. Die grobschlächtigen sowjetischen Propagandatiraden gegen die Bundesrepublik sind bei den Neutralen und selbstverständlich bei unseren Freunden wirkungslos abgeprallt. Viele einsichtige Beobachter in New York aber haben uns wissen lassen, dass die polnischen Angriffe gegen die Bundesrepublik bei vielen blockfreien Ländern, die die genauen Verhältnisse im mitteleuropäischen Raum nicht übersehen, Eindruck hinterlassen haben, zumal hier ein Staat sprach, der das erste Opfer Hitlers im zweiten Weltkrieg war.

Wir haben also ein besonderes Interesse daran, den deutschen Standpunkt in diesem Raum darzulegen, wobei es beileibe keine Frage

der Weltanschauung ist, welches praktische Verfahren für den ersten Schritt man anwendet. Für eine solche Haltung kann man heute sogar auf Verständnis bei den Vertriebenenverbänden rechnen, und als Beweis braucht man nur den "Ost-West-Kurier" anzuführen, der eine Betrachtung über dieses Thema mit der Überschrift versah, dass man klein anfangen könne. Eine solche Haltung wäre noch vor zwei Jahren in diesen Kreisen kaum anzutreffen gewesen.

Wenn man aber das Thema der Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses behandelt, dann ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, dass man keine Politik mit doppeltem Boden betreibt. Entweder die Bundesregierung hat einen solchen Schritt vor, oder sie hat ihn nicht vor. Unmöglich aber ist es, ohne zwingende Not, wie es der Bundeskanzler getan hat, eine Rede vor der CDU/CSU-Fraktion zu halten und diese Rede am nächsten Tage durch den Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung wieder bis zur Unkenntlichkeit abschwächen zu lassen. Dann wäre es besser gewesen, man hätte ganz geschwiegen und das Thema überhaupt nicht in die öffentliche Diskussion gebracht. Eine solche zwielfichtige Haltung muss nicht nur den Partner irritieren und verprellen, zu dem man eine Normalisierung der Beziehungen anstrebt; sie ruft auch im befreundeten westlichen Ausland Unsicherheiten hervor, und so unsinnig es ist, gerade diese Zwielfichtigkeit beschwört bei unseren Freunden das herauf, was man mit dem Stichwort "Rapallo" bezeichnet, ein Wort, das wir uns für unsere Beurteilung und unsere Politik gerade jetzt auch im Interesse Berlins nicht leisten können.

Im übrigen wäre es gut, wenn die Bundesregierung gerade in dieser Frage auf Alleingänge verzichten würde. Schliesslich hat der Auswärtige Ausschuss vor Monaten einen Sonderausschuss eingesetzt, der das Problem diplomatischer oder irgendwelcher Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei eingehend prüft. Diese Arbeiten sind bis zur Stunde noch nicht abgeschlossen. Die Regierung wäre gut beraten, wenn sie Kenntnis von bisherigen Beratungsergebnis nimmt und wenn sie ihrerseits ihre Erwägungen vertrauensvoll mit diesem Ausschuss abstimmt.

Generell ist es jedoch falsch, in dieser Situation nur Seifenblasen aufsteigen zu lassen, die nachher im Winde zerplatzen. Eine solche Politik steht uns schlecht an, denn überall in der Welt werden wir nicht nach unseren Gesten, sondern nach unseren Taten beurteilt.

Oslo, Stockholm, Kopenhagen

Von unserem skandinavischen Korrespondenten Adolph Rasten

Zwei grosse Gedanken, die darauf hinielen, die drei skandinavischen Staaten durch ein aussen-, verteidigungs- und wirtschaftspolitisches Bündnis zu verbinden, sind durch die internationale Entwicklung gescheitert. Zum Bedauern vieler musste der Plan, Dänemark, Norwegen und Schweden in eine nordeuropäische Verteidigungsgemeinschaft zu integrieren, im Jahre 1949 aufgegeben werden. Schweden hielt an der strikten Neutralitätspolitik fest, Dänemark und Norwegen wählten NATO. Die Idee, wenigstens eine skandinavische Zoll- und Wirtschaftsunion zu errichten, stiess auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Auch die grossen Unterschiede in der Landwirtschaft und Industrie waren in diesem kleinen Raum ein nicht zu übersteigendes Hindernis. Beide Enttäuschungen sind für den "nordischen Gedanken" ein grosser Rückschlag gewesen, obwohl Dänemark, Norwegen und Schweden heute innerhalb der Freihandelszone EFTA gemeinsame Interessen pflegen können. Man hat eingesehen, dass die nordische Zusammenarbeit auf mehr begrenzte Aufgaben eingerichtet werden musste, wodurch es auch möglich war, Finnland in diesem Aufgabenbereich einzubeziehen. Der nordische Tiefpunkt ist überstanden, und sowohl die Idealisten als auch die realistisch Denkenden können nunmehr feststellen, dass der nordische Gedanke auf praktischen und kulturellen Gebieten nicht nur einen grossen Widerhall findet und neue Möglichkeiten bestehen. innerhalb der gegebenen Begrenzungen und Interessenverschiedenheiten weitere Fortschritte zu erreichen.

Zwischen den Regierungen in Kopenhagen, Oslo und Stockholm sollen Verhandlungen aufgenommen werden über die Frage, wie man eine Aufgabenverteilung und Rationalisierung unter den diplomatisch-wirtschaftlichen Vertretungen in gewissen Entwicklungsländern erlangen kann. Auf der bevorstehenden Jahressitzung des Nordischen Rates in Kopenhagen steht eine Fülle von praktischen Vorschlägen zur Debatte, deren Verwirklichung tief in das alltägliche Leben der 20 Millionen Menschen im Norden eingreifen würde. Vorgesehen ist eine gemeinsame Hilfeleistung für die Entwicklungsländer. Der dänische Ministerpräsident Viggo Kampmann hat - um dem Appell an die Bevölkerung mehr Schwung zu geben, - vorgeschlagen, Dänemark solle einem der afrikanischen Staaten "adoptieren" und sich verpflichten, diesen Freundschaftsstaat mit Rat und Tat zur Verfügung zu

stehen. Auf dem innernordischen Gebiet wird eines der heikelsten Themen die Frage sein, wie es mit der Zusammenarbeit bei der skandinavischen Luftfahrtgesellschaft SAS weitergehen soll, nachdem es sich gezeigt hat, dass SAS im Zuge der internationalen Konkurrenz im Düsenzeitalter mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten arbeitet und grössere Kapitalzuschüsse benötigt, um ihre Aufgaben bewältigen zu können.

Politiker und Schriftsteller befassen sich mit dem Gedanken, einen nordischen Literaturpreis in Höhe von 50 000 Kronen (30 000 DM) zu stiften, um die geistige Initiative zu fördern. Auch eine gemeinsame nordische Filmproduktion wird geplant, und auf dem gesetzgeberischen Gebiet stehen neue Reformen bevor. So soll jeder skandinavische Rentenempfänger in die Lage versetzt werden, sich überall im Norden niederzulassen, ohne seine "nationalen" Rentenansprüche zu verlieren. Schon längst wird die Freizügigkeit bei der Arbeitswahl zwischen den skandinavischen Ländern praktiziert. Zur Debatte steht auch die Frage des Übergangs Schwedens vom Links- zum Rechtsverkehr, was 300 Millionen D-Mark kosten wird.

Aber auch kleinere und mehr kuriose Probleme müssen behandelt und geregelt werden. Der Öresund - das enge Fahrwasser zwischen Dänemark und Südschweden - ist zu einer Vergnügungsstätte aussergewöhnlichen Ausmaßes geworden. Private Reeder befahren den Öresund mit einer Flotte von Ausflugsschiffen, die mit den staatlichen Fähren scharf konkurrieren. Über zwei Millionen Dänen und Schweden machen jährlich Vergnügungsfahrten auf diesen bunten Schiffen, die mit billigen Tabakwaren und vor allem zollfreien Getränken locken. Die Folgen sind, dass Öresund beinahe eine Stätte der feuchten Lebensfröhlichkeit geworden ist, und dass der Fiskus in Kopenhagen und Stockholm Massnahmen überlegt, die diese "schwimmende Schwemme" etwas eindämmen soll.

Viele ausländische, vor allem deutsche Touristen, sowie auch die Dänen selbst wollen wissen, ob es nicht bald Zeit ist, den Stempelzwang bei der Ein- und Ausreise nach und von Dänemark abzuschaffen. Als einziges Land in Westeuropa hält Dänemark diese altmodische und der Gastfreundlichkeit widersprechende Sitte noch aufrecht und spielt dabei die Rolle des Kontrolleurs für die anderen nordischen Länder. Aber das ist leider ein Gebiet, wo nicht die politischen, sondern die polizeilichen Behörden zu bestimmen haben; diese behaupten, es sei aus "Sicherheitsgründen" notwendig, die Pässe jedes Reisenden aus dem südlichen Ausland weiterhin zu kontrollieren und abzustempeln.

Betriebsratswahlen 1961

Von Fritz Zschiesche,

Leiter des Betriebsgruppenreferates der SPD

Die erste Hälfte dieses Jahres wird in den Betrieben im Zeichen der fälligen Betriebsrätewahlen stehen. Diesen Wahlen kommt zwar im Bundestagswahljahr eine erhöhte politische Bedeutung zu, aber niemand sollte sie zu einem Probegalopp zur Bundestagswahl selbst abstampeln wollen.

Wie die Betriebsrätetätigkeit keine unmittelbare Beziehung zur politisch-parlamentarischen Tätigkeit hat, können auch die Wahlen zu den Betriebsvertretungen nicht mit politischen Wahlen vergleichen oder gar gleichgesetzt werden. Dies sei jenen übereifrigen Elementen im christlich-sozialen Lager ins Stammbuch geschrieben, die sich zwar für gewöhnlich nicht genug über die "Politisierung der Betriebe" durch die Sozialdemokraten entrüsten können, aber mit dem Blick auf die bevorstehenden Betriebsrätewahlen schon wieder in ihren Wahnhalluzinationen von "strategischen Stufenplänen" Herbert Wehners zur Eroberung der politischen Macht in der Bundesrepublik schreiben. Wieso ist übrigens das Streben einer demokratischen Partei nach der politischen Macht ein geradezu teuflisches Spiel?

Die Sozialdemokraten sehen in den Betriebsräten einen wesentlichen und zwar sich auf den betrieblichen Sektor auswirkenden Teil der demokratischen Mitbestimmung in der Wirtschaft. Eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft macht also neben dem Ausbau der überbetrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten und -funktionen eine Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes zwingend erforderlich.

Zu einem Zeitpunkt, da sich immer stärker eine mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber gegenüber den auf gesetzlicher Grundlage gewählten Betriebsräten und Grundlage gewählten Betriebsräten und Versuche zur Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb bemerkbar machen, sollten alle Arbeitnehmer für die Erhaltung ihrer und der Rechte der von ihnen zur wirkungsvollen Wahrnehmung ihrer Interessen geschaffenen Organisation eintreten.

Deshalb kann einer Zersplitterung bei der Aufstellung von Kandidatenlisten nicht das Wort geredet werden, sondern es müssen aus Gründen der Solidarität aller Arbeitnehmer und zur erfolgreichen Vertretung ihrer Rechte und Forderungen auf der Grundlage der Gewerkschaftseinheit die Kandidaten aufgestellt werden.

13. Januar 1961

Keine betriebliche Gruppe kann allein von ihrem Vorhandensein das Recht ableiten, auf der Kandidatenliste oder gar im Betriebsrat vertreten sein zu müssen. Das Recht, im betrieblichen Raum gewerkschaftlich tätig zu sein, wird niemandem bestritten, aber zur Nominierung auf einem gewerkschaftlichen Vorschlag kann allein die Qualifikation zur Ausübung der Betriebsratstätigkeit ausschlaggebend sein. Das entscheidende Wort muss in jedem Falle den Belagschaften bei der Wahl überlassen bleiben und kann nicht bereits vorher auf dem Wege interner Absprachen und wahlarithmetischer Taktiken verfälscht werden.

Wer sich in den zurückliegenden Jahren, sei es als gewerkschaftlicher Vertrauensmann oder Betriebsrat, bei der praktischen Interessensvertretung seiner Kollegen und Kolleginnen bewährt hat, braucht weder seine Ausschaltung bei der Kandidatenaufstellung, noch deren Beurteilung bei der Wahl zu fürchten. Wer jedoch glaubt, im parteiigottischen Interesse Gegensätze innerhalb der Arbeitnehmerschaft aufreißen zu müssen, wird die gerechte Quittung erhalten.

Darüber werden auch jene Versuche nicht hinweghelfen können, auf dem Wege zweiter Listen über die Verhältniswahl doch noch in den Betriebsrat zu gelangen. Interessant ist es, zwei Jahre nach jener gescheiterten "christlich-sozialen Betriebsaktion" Katzers, die deshalb in diesem Jahr keine Wiederholung finden wird, im Betriebsrätebrief der CDU-Sozialausschüsse (Nov. 1960) die Behauptung zu lesen: "Insgesamt errangen die christlich-sozialen Kollegen 30 Prozent der Betriebsratssitze" während Leo Schütze in den "Betriebspolitischen Kommentaren" (Nov. 1960, Folge 11) der Christlich-Sozialen Kollegenschaft u.a. schreibt: "Wenn im Anschluss an die letzte Betriebsrätewahl über die Presse mitgeteilt wurde, daß bis zu 70 Prozent aller Betriebsräte in der Braunkohle christlich-sozial seien, so war das einfach Bluff und entspricht in keiner Weise der prekären Lage in den Betriebsräten der Braunkohle" - Kommentar überflüssig.

Nicht die parteipolitische Zugehörigkeit, sondern die praktische Bewährung in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit ist das Kriterium für eine Nominierung auf der Kandidatenliste. Für Sozialdemokraten steht die Frage der Eignung jedenfalls an erster Stelle. Unter diesem Gesichtspunkt die richtigen Kandidaten auszuwählen, wird in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern die Aufgabe der sozialdemokratischen Betriebsgruppen und Vertrauensleute in den Betrieben in den nächsten Wochen sein.

Pragwürdige Bundesgenossen

sp - Im beginnenden Wahljahr bemühen sich einsichtige Kräfte unseres politischen Lebens, die Parteien als Träger der wohlpolitischen Auseinandersetzung zu Sachlichkeit und Fairness zu bewegen. Nachdem die SPD sich noch 1957 gegen Unterstellungen zu wehren hatte, wie diese, ihr Wahlsieg sei gleichbedeutend mit dem "Untergang Deutschlands", ist es nur verständlich, wenn sie den Appell des Bundespräsidenten zur Fairness im Wahlkampf begrüsst und sich auf einen Wahlkampf der Argumente vorbereitet.

Es sieht jedoch so aus, als werde ihr das Bemühen um Anständigkeit und Sachlichkeit auch diesmal von ihren politischen Gegner, der CDU, nicht leicht gemacht. In der gerade erschienenen Ausgabe des CDU-Informationsdienstes, der sich übrigens zur Hälfte ausschliesslich mit angeblichen Vorgängen in der SPD befasst, bedient man sich nämlich "linksorientierter (gemeint sind kommunistische) Zeitungen und Korrespondenzen", die es "übernommen" hätten, "die Stimmen empörter SPD-Mitglieder ...veröffentlichen". So wird beispielsweise die illegal erscheinende kommunistische Hafenzeitung "Blinkfüer" zitiert, die "unverhohlen ihre Freude über den 'konsequenten Kampf' gegen die Politik Willy Brandts" geäussert habe. Auch die östlich tendierende "Andere Zeitung" wird bemüht. Aus ihr entnahm der CDU-Informationsdienst eine Liste angeblich "enttäuschter SPD-Mitglieder", die ihren Austritt aus der SPD erklärt hätten. Alle Quellen werden ohne Einschränkung und anscheinend auch ohne Nachprüfung wiedergegeben.

Es ist doch eigenartig, dass die CDU jedesmal in Empörung ausbricht, wenn jemand sich erdreistet, Vorwürfe gegen sie zu erheben, die sich auf kommunistische Quellen stützen. Was würde sie sagen, wenn die Denkschriften und Aktenauszüge der Prager Regierung oder des ostzonalen "Ausschusses für deutsche Einheit" über die Tätigkeit von Staatssekretär Dr. Globke während des "Dritten Reiches" in der Bundesrepublik als "seriöse" Unterlagen von Angriffen benutzt werden würden? Bisher bestand zwischen allen demokratischen Partnern in der Bundesrepublik Einverständnis darüber, dass die Absichten der kommunistischen Propaganda in der Bundesrepublik nicht dadurch noch gefördert werden sollten, dass man sich ihrer Argumente und angeblichen Informationen bedient. Die CDU sollte von diesem Einverständnis nicht abrücken, indem sie ihr eigenes Informationsmaterial auf östlich tendierende Quellen stützt. Eine solche Einseitigkeit könnte nämlich ins Auge gehen. Auf jeden Fall würde eine solche Praxis die Atmosphäre eines demokratischen Wahlkampfes vollends vergiften.

- - - - - Verantwortlich: Günter Markscheffel - - - - -